



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 1**12. Januar 2014**

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Dauderstädt eröffnet dbb Jahrestagung 2014**
- 02 Polizeireform startet holprig**
- 03 Scheitert der Innenminister an Polizeireform?**
- 04 Speck fordert Verbesserungen**
- 05 Kritik an Wahlordnung für Personalratswahl**
- 06 Mindestgröße für Pilotinnen diskriminierend**
- 07 Kurzmeldungen**

01 Dauderstädt eröffnet dbb Jahrestagung 2014 - „Der Staat darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen“

Quelle: DPoIG/ dbb

„Der Staat darf sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen.“ Mit diesen deutlichen Worten hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Regierungen von Bund und Ländern aufgefordert, eine neue Balance im staatlichen Handeln zu finden. Der Abbau öffentlicher Leistungen einerseits und die politische Einmischung in funktionierende Systeme wie der Tarifpluralität andererseits seien nicht geeignet, die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern, sagte Dauderstädt am 6. Januar 2014 in Köln zur Eröffnung der 55. dbb Jahrestagung.

In der Bundesrepublik sei die solidarische Finanzierungslast immer unausgewogener verteilt. Die Belastung der Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben sinke, während die der Bürger stetig steige. „Die Menschen in diesem Land sind nicht blind gegenüber solchen Entwicklungen“, so der dbb Chef. Zu der Ungleichbehandlung trage fehlendes Personal bei den Finanzbehörden wie Zoll und Steuerfahndung zusätzlich bei. Das Geld für Steuer-CDs solle daher besser „in die Besoldung deutscher Finanzbeamter investiert werden“.



Bedenklich sei die steigende Belastung der Bürger auch, weil diese gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben allein gelassen würden. Sinnbildlich dafür sei die Diskussion über Maßnahmen gegen die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche, durch Mindeststandards für den Einbruchschutz in Bauverordnungen oder die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben für die Wohnungssicherung. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen „ist nicht Aufgabe des Bauordnungs- oder des Finanzamtes, dazu brauchen wir genügend Polizei“, machte Dauderstädt deutlich.

Dieser Rückzug des Staates werde die Politik angesichts des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel zukünftig vor noch größere Herausforderungen stellen, sagte der dbb Chef. Denn „so, wie die Menschen sich darauf verlassen können müssen, dass die Feuerwehr nicht erst zwei Stunden nach dem Alarm eintrifft und dass ihre Kinder nicht 38 Kilometer zur nächsten Schule tagtäglich zweimal zurücklegen müssen, so wollen sie auch nicht vor Schildern mit der Aufschrift ‚Kraftfahrzeugzulassungsstelle – geöffnet jeden dritten Donnerstag im Monat von 9 bis 13 Uhr‘ stehen.“

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, müsse der öffentliche Dienst allgemein und das Berufsbeamtentum insbesondere gestärkt werden. „Manche halten den Beamten deutscher Prägung für überholt. Wir nicht“, sagte der dbb Chef. Zum Kern des Beamtentums gehöre auch die Verpflichtung des Staates zur Alimentation, so Dauderstädt mit Blick auf wachsende Besoldungsunterschiede in Bund und Ländern. Zwar gebe es keine Norm, die eine Übernahme der Tarifergebnisse für Besoldung und Versorgung vorschreibt. Aber: „Die muss es auch nicht geben, solange die Par-

lamentieren sich nicht aus ihrer Verpflichtung zur richtigen Alimentation zurückziehen.“ In diesen Punkten dürften die Dienstherren ebenso wenig untätig bleiben wie etwa bei den offenen Fragen zur Altersdiskriminierung sowie bei den Sorgen der Beschäftigten im Arbeitsalltag. Dauderstädt: „Es wäre gut, wenn sich der Staat bei all diesen Konflikten eindeutig, zeitnah und schützend vor seine Beschäftigten stellen würde.“

„Wir erleben derzeit einen kraftvollen, selbstbestimmten und handlungsfähigen Staat. Die Bürgerinnen und Bürger wissen diese Rolle zu schätzen und vertrauen sich deshalb der Fachkompetenz und unbedingten Zuverlässigkeit der Staatsbediensteten zunehmend wieder an.“ Mit dieser Einschätzung wandte sich Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière heute auf der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes (dbb) an die Gewerkschaftsmitglieder und Gäste aus Politik und Gesellschaft. Die diesjährige Jahrestagung steht unter dem Motto: **„Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“**. In seiner Rede bilanzierte Bundesinnenminister de Maizière, dass es Deutschland gut gehe, auch dank der funktionierenden Strukturen im öffentlichen Dienst und seiner fähigen und loyalen Beschäftigten: „Der öffentliche Dienst ist ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmer und ein Stück Lebensqualität für jeden Bürger.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seien tatsächlich für den Bürger „stets zu Diensten“, was keineswegs eine altmodische, sondern eine noble Aufgabe sei. Hinter das Tagungsmotto gehöre daher ein Ausrufe- und kein Fragezeichen.



Deutschlands öffentlicher Dienst braucht eine deutliche Imageaufwertung, um insbesondere bei jungen Menschen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden – in diesem Punkt herrschte Einigkeit bei den innenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen, die sich zur traditionellen Podiumsdiskussion bei der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2014 in Köln eingefunden hatten. **„A great place to work“ müsse der öffentliche Dienst sein, forderte Armin Schuster von der CDU/CSU-Fraktion. Um dies zu erreichen, brauche es insbesondere ein modernes und**



intelligentes Personalmanagement, wie es beispielsweise erfolgreiche Unternehmen praktizierten. Schuster beglückwünschte den dbb zu seiner bundesweiten Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“, die seit Mitte Dezember 2013 läuft: „Wenn wir an die jungen Leute heranwollen, geht das nur über Image.“ SPD-Fraktionsvertreter Michael Hartmann forderte darüber hinaus „konkrete Anreize, vor allem für spezialisierte Fachkräfte“, die in der freien Wirtschaft in der Regel deutlich besser dotierte Posten erhielten als im öffentlichen Dienst. Irene Mihalic von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es keinen Sinn mache, "Defizite mit Imagekampagnen zuzukleistern". Ebenso wichtig seien faktische Verbesserungen, etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frank Tempel, Vertreter der Fraktion Die Linke, verwies darauf, dass zum Image des öffentlichen Dienstes auch die Frage gehöre, wie man mit den bereits heute im öffentlichen Dienst Beschäftigten umgehe.

Die Kirchen in Deutschland müssen sich stärker in die aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen einmischen. Dafür hat Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, plädiert. Auf der 55. Jahrestagung des dbb sagte Käßmann am 6. Januar 2014 in Köln in ihrem Fachvortrag "Reformation und Politik - Herausforderungen im 21. Jahrhundert": "Glaube findet nicht im Abseits statt. Er bewährt sich im Alltag."



Kirche dürfe sich nicht in eine "schöne, private Nische" abdrängen lassen. Auch Kritik an politischen Entscheidungen wie etwa zum Krieg in Afghanistan müsse zulässig sein. Allzu oft habe die Vergangenheit gezeigt, dass falsche Obrigkeitshörigkeit zu wenig Raum für Widerstandsggeist gelassen habe, etwa in der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR.

02 Polizeireform startet holprig

Quelle: Pressestimmen

Stuttgart/Karlsruhe Die Polizei in Baden-Württemberg hat zum Jahresbeginn ihre Strukturen umgekrempelt, steht aber noch vor einer Vielzahl von Aufgaben. Dazu gehören nicht nur weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Polizeireform. Die Grünen kritisieren, dass keine einzige Frau eines der zwölf Polizeipräsidien leitet. Die neuen Chefs nahmen ihre Arbeit zudem nur kommissarisch auf, also mit Vorbehalt.

3. Januar 2014 – Rhein-Neckar-Zeitung

Von Peter Zschunke und Bettina Grachtrup



Kritik gibt es auch innerhalb der Landesregierung, die die Polizeistruktur zu einem zentralen Reformvorhaben gemacht hatte. Die polizeipolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Petra Häffner, bedauerte in einem Brief an Innenminister Reinhold Gall (SPD), dass nach der Reform keine Frau ein Polizeipräsidium leitet. Dies müsse sich ändern - Frauenförderung in der Polizei müsse Chefsache sein, sagte Häffner....



Petra Häffner MdL
Mitglied des Landtags Baden-Württemberg

Gall sagte, der Frauenanteil werde sich zügig erhöhen, "denn wir stellen seit längerem zwischen 35 und 40 Prozent Frauen ein". Zu den wichtigsten Zielen der Polizei gehöre die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um den Frauenanteil besonders in Führungspositionen zu erhöhen.

Bei der Opposition stieß die Forderung auf kein Verständnis. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke sagte: "Die Grünen stellen sich mit ihrer Kritik selbst ein Zeugnis mit der Note ungenügend aus." Die frauenpolitische Sprecherin der CDU im Landtag, Friedlinde Gurr-Hirsch, und der innenpolitische Sprecher, Thomas Blenke, erklärten, im Rahmen der alten Strukturen



habe es in Karlsruhe und Mannheim zwei Polizeipräsidentinnen gegeben. "Erst unter Grün-Rot findet sich jetzt auf einmal keine weibliche Polizeipräsidentin mehr wieder."

3. Januar 2014 – Schwäbische Post

Von Alexander Gässler



Mit weniger Polizei ins neue Jahr

Die Polizeireform verfehlt auf der Ostalb ihr wichtigstes Ziel – „Die erste Zeit wird holprig“

Aller Anfang ist schwer. Das gilt auch für die Polizei. Denn die zum 1. Januar in Kraft getretene Polizeireform hat alles auf den Kopf gestellt. Angeblich soll der Bürger davon nichts spüren. Doch der mag das kaum glauben, wenn plötzlich Beamte fehlen und sogar Polizeiautos abgezogen werden.

Ostalbkreis Zwei Polizisten mehr pro Revier: Das war erklärtes Ziel der Polizeireform. Auf der Ostalb ist Innenminister Reinhold Gall kläglich gescheitert. Statt mehr Polizisten auf Streife zu schicken, muss das Aalener Polizeipräsidium mit weniger auskommen. Laut Gewerkschaft fehlten zum Reformstart am 1. Januar bis zu 40 Beamte. Ab März sollen Berufsanfänger die Lücken schließen.

Zweifel sind angebracht. Offen mag zwar niemand was sagen, aber hinter vorgehaltener Hand reden viele Polizisten Tacheles. Allgemeiner Tenor: Der Bürger hat von der Polizeireform gar nichts. Im Gegenteil. Beispiel aus der Praxis: Eine Streife rückt nachts zu einem schweren Unfall auf der B 14 bei Fellbach oder der B 29 an der Landesgrenze zu Bayern aus. Sie sichert die Unfallstelle - und zwar so lange, bis die Spezialisten aus dem Verkehrskommissariat Backnang oder Aalen eintreffen. In der Zwischenzeit gehen weitere Notrufe ein - aber die Streifenbeamten dürfen nicht weg.

Dass die Beamten künftig mehr Zeit auf der Straße verbringen als damit, Verbrecher zu jagen, ist eine zentrale Kritik an der Polizeireform. Aber wie soll die Polizei überhaupt auf die Straße kommen, wenn plötzlich die Fahrzeuge fehlen? Nach Informationen dieser Zeitung wurden in mehreren Polizeiposten tatsächlich Polizeiautos abgezogen - obwohl sich in den 32 Posten und zehn Revieren durch die Polizeireform angeblich nichts ändern sollte. In Westhausen, in Abtsgmünd und sogar in der Stadt Neresheim haben die Beamten ab sofort nur noch ein Polizeiauto zur Verfügung. Bislang waren es zwei. Die Postenbeamten müssen einmal in der Woche zur Dienstbesprechung ins Aalener Polizeirevier. Der Einbrecher wartet aber sicher nicht, bis die einzig verfügbare Streife wieder zurück ist.

Eine Folge der Polizeireform ist ein gewaltiges Stühlerücken. Und eine Riesenunruhe, wie Manfred Ripberger sagt. Etliche Beamte und auch zivile Angestellte haben neue Aufgaben bekommen. Viele müssen in anderen Dienststellen von vorne anfangen, manche wieder in den Schichtdienst zurückkehren...Zur Erinnerung: Sogar die Kriminalaußenstelle in Schw. Gmünd wurde aufgelöst. In Aalen sind nur 30 Kripoleute geblieben.



Je spezialisierter die Aufgabe, desto weiter müssen die Beamten ab sofort fahren. Die Verkehrspolizei ist in den Kommissariaten in Aalen und Backnang sowie in der Verkehrspolizeidirektion in Kirchberg/Jagst konzentriert. Etliche Verkehrspolizisten haben es daher täglich weiter zur Arbeit – und zum Unfallort. Die Polizeihundeführerstaffel wurde nach Schorndorf und Kirchberg/Jagst verlegt. Entsprechend lang kann es dauern, bis Polizeihunde am Tatort eintreffen. Die Rauschgiftermittlungsgruppen in Ellwangen und Schwäbisch Gmünd sind für Gebiete zuständig, die weit über die Stadtgrenzen hinaus reichen. „Die Mehrzahl der Beamten steht der Reform skeptisch gegenüber“, sagt Ripberger.

Die Arbeitsabläufe, die Verflechtung vor Ort – all das gehe verloren, kritisieren die Praktiker. Hinzu kamen zahlreiche interne Veränderungen. Beispielsweise mussten alle Funkrufnummern umgestellt werden. Von Fellbach bis Pflaumloch wird ab sofort unter „Aalen“ gefunkt..... Doch der Frust bei vielen Streifenbeamten sitzt tief. Hartnäckig hält sich zum Beispiel das Gerücht, dass die Führungsebene durch die Reform, eine oder sogar mehrere Besoldungsgruppen nach oben gerutscht ist.

3. Januar 2014 – Pforzheimer-Zeitung

Von Claudius Erb



Skeptischer Blick auf Polizeiarbeit: Pforzheimer Notrufe landen ab April in Karlsruhe

Pforzheim Der Erfahrungsbericht des Wirts Frank Daudert rund um die Festnahme eines mutmaßlichen Handtaschendiebs in „Goldis Stadl“ hat die Diskussion um mögliche negative Auswirkungen der polizeilichen Strukturreform neu entfacht. Hans-Ulrich Rülke, FDP-Stadtrat und Chef der liberalen Landtagsfraktion, bezeichnete die Reform am Freitag als „unsinnig und dumm“ und kündigte deren Rücknahme an, sollte die grün-rote Landesregierung abgewählt werden.

Pforzheim

Indes gibt es Verwirrung um den Auslöser dieser Kritik. Auf PZ-Nachfrage schildert Polizeisprecher Frank Otruba einen deutlich von Dauderts Version abweichenden Hergang der Vorfälle in „Goldis Stadl“. Der PZ sind jedoch vereinzelte weitere Fälle von Abstimmungsschwierigkeiten und fehlender geografischer Kenntnisse in den ersten 24 Stunden nach Inkrafttreten der Reform bekannt.

Wie berichtet, hatte Daudert am Silvesterabend unter seinen Gästen einen Mann ausgemacht, der bereits am 23. Dezember einer Kundin die Handtasche gestohlen haben soll. Sein Versuch, die Polizei zu Hilfe zu rufen, während er den Mann im „Stadl“ festhielt, beschrieb Daudert im PZ-Gespräch und auf seiner Facebook-Seite als Odyssee. Er mutmaßte, mit seinem Anruf bei der Karlsruher Polizeizentrale gelandet zu sein, weil sein Gesprächspartner offensichtlich nicht ortskundig gewesen sei. Nach Otrubas Recherchen ging Dauderts Anruf, der die zentrale Nummer 1860 gewählt hatte, sehr wohl in der Pforzheimer Funkleitzentrale ein – und dies bei einem Beamten, der seit Jahren dort arbeite und über beste Ortskenntnisse verfüge...

7. Januar 2014 – Rhein-Neckar-Zeitung



Sinsheim: Autobahnpolizei wird schon vermisst

Das Revier der Autobahnpolizei Sinsheim wurde Anfang November geschlossen, was sich bereits 2 Monate danach negativ bemerkbar macht.

Sinsheim (end) Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen: Die Auswirkungen der Polizeireform machen sich im Großraum Sinsheim negativ bemerkbar. Denn nur wenige Wochen ist es her, dass die Autobahnpolizei Sinsheim aufgelöst und in das neue Kommissariat nach Walldorf integriert wurde. Damit sind auch die Anfahrtswege und Anfahrtszeiten deutlich länger geworden.



"Über diese Situation sind wir nicht glücklich", brachte jetzt Stadtkommandant Thorsten von Hausen sein Missfallen auf der Generalversammlung der Feuerwehr zum Ausdruck. Denn bei den schweren Unfällen auf der Autobahn in den zurückliegenden Wochen war die Feuerwehr deutlich eher am Ort des Geschehens und musste sich neben dem Rettungseinsatz respektive der Brandbekämpfung auch noch mit der Absicherung der Unfallstelle kümmern. "Das kann nicht unsere Aufgabe als Feuerwehr sein", betonte von Hausen.

Ins gleiche Horn stieß Sinsheims Oberbürgermeister Jörg Albrecht: Der Rückzug der Autobahnpolizei bedeutet eine klare Verschlechterung, "mir fehlt der Horizont, das zu verstehen", kritisierte er auf der Versammlung der Floriansjünger. Eine Breitseite gab es auch für den SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Funk, ohne ihn direkt beim Namen zu nennen: "Abgeordnete von hier sollten sich für ihre Stadt einsetzen und nicht von der Parteiräson leiten lassen".

Im Zuge der Zusammenlegung wurde das Autobahn-Polizeirevier Sinsheim im September geschlossen und bis auf 2 Beamte, die in andere Dienststelle versetzt wurden, dem neuen Kommissariat in Walldorf zugeschlagen. Es reicht im Norden von Viernheim/Weinheim bis in den Süden in Höhe von Kronau, im Westen von Speyer bis im Osten nach Bad Rappenau. Damit werden je nach aktuellem Aufenthalt die Anfahrtswege der Streifenwagenbesatzungen deutlich weiter.

7. Januar 2014 – Zollern-Alb-Kurier

von Michael Würz



Kopfschütteln in den Polizeistuben Reform

Die polizeiliche Präsenz werde erhöht, die Leistungsfähigkeit gesteigert und damit die Sicherheit für die Bevölkerung erhöht. Was wir dieser Tage aus dem neuen Polizeipräsidium in Tuttlingen zu lesen bekommen, klingt euphorisch. Die Strukturreform der Polizei ein voller Erfolg? Mitnichten, klagen Kripo-Ermittler und Polizeibeamte in den Revieren. Ein Kommentar von ZAK-Polizeireporter Michael Würz.

Die schweren Verkehrsunfälle in den vergangenen Tagen gaben einen Vorgesmack darauf, wie Polizeiarbeit im Kreis künftig (nicht) funktioniert: Polizeibeamte der zuständigen Reviere rasen mit Blaulicht und Martinshorn an den Unglücksort –

werden vor Ort aber nicht tätig. Die Unfallaufnahme, so verlangt es die neue Struktur, obliegt nämlich einzig den Beamten der Verkehrspolizeidirektion Rottweil.

Bis die Rottweiler Polizisten da sind - man stelle sich das bei Schnee, Glatteis und einem fernen Ziel etwa im Raum Burladingen vor – heißt es für die hiesigen Beamten: Straße sperren und Däumchen drehen. Bemerkenswert daran ist vor allem, dass die Polizisten so lange gebunden sind und nicht für weitere Einsätze zur Verfügung stehen.

Ein mehr an Sicherheit für den Bürger? Nun. Wie wir von offizieller Stelle hören, darf – der Strukturreform sei Dank – jedes Polizeirevier im Land mit ganzen zwei Mann oder Frau Verstärkung rechnen. Doch selbst die gebe es nur auf dem Papier, sagen Polizisten im Kreis. Es sind viele, doch ihre Namen wollen sie nicht in der Zeitung lesen. Zu heikel sei das Thema, zu groß der Druck „von oben“.

Öffentlich gelobt werde die Reform vor allem von Führungskräften, die persönlich von der Umstrukturierung profitiert hätten, schimpfen Polizisten im Kreis. Für die verbliebenen Beamten bedeute die Reform hingegen vor allem Stillstand. Wer Familie hat und nicht schnell weg kann, wer als junger Beamter in einem Revier im Kreis eingesetzt wird, habe kaum mehr Aufstiegschancen, heißt es.

Auch dass das neue Polizeipräsidium - also die übergeordnete Dienststelle, in deren Führungs- und Lagezentrum künftig die Fäden zusammenlaufen - in Tuttlingen steht, stößt an der Basis auf Unverständnis. Tübingen hätten sie ja verstanden, Reutlingen und auch Sigmaringen. Doch zu Tuttlingen, sagen hiesige Ermittler, fehle einfach der Bezug.

Wir Journalisten, das wollen wir an dieser Stelle nicht verschweigen, profitieren von der Reform. Ein mehrköpfiger Stab an Pressesprechern steht uns im Schichtdienst zur Verfügung, bei Bedarf rund um die Uhr. Nur am Ort des Geschehens gucken wir Reporter künftig wohl häufig in die Röhre. Mit uns reden darf nämlich nur, Sie ahnen es, der zuständige, aber auswärtige Sachbearbeiter, der uns vor Ort kritisch mustert. Die lokalen Medien muss er erst noch ein bisschen kennenlernen. Ortsansässige Polizisten scheinen da peinlich berührt, klagen uns ihr Leid hinter vorgehaltener Hand. Noch ist nicht aller Tage Abend. Aber es spricht vieles dafür, dass die Bürger schon bald in das Klagelied mit einstimmen dürften.

8. Januar 2014 – Zollern-Alb-Kurier
von Michael Würz



Hinter den Kulissen sieht es anders aus
Reaktionen auf kritischen ZAK-Kommentar zur Polizeireform

Die Strukturreform der Polizei ein voller Erfolg? ZAK-Redakteur Michael Würz hatte nach den ersten Tagen Zweifel – und auf zak.de einen kritischen Kommentar veröffentlicht. Seither melden sich bei unserem Polizeireporter Ermittler aus dem ganzen Land. Die Beamten sind frustriert.

Geradezu lachhaft sei das, was dieser Tage in der Schwäbischen Zeitung zu lesen war, sagt ein Kripo-Mann aus dem Kreis. In Horb hatten sie einen Drogentoten gefunden. „Die Kollegen waren innerhalb kürzester Zeit vor Ort“, zitiert die Journalistin in ihrem Artikel den neuen Polizeipräsidenten Ulrich Schwarz. Als ob man das nicht ohnehin erwarten könne, wenn ein Drogentoter gefunden werde, schimpft der Ermittler, dem wichtig ist, dass wir seinen Namen nicht nennen.

Der Mann bestätigt uns, was wir in den vergangenen Tagen bereits mehrfach vernommen hatten: „Wer sich kritisch äußert, gilt als Nestbeschmutzer.“ Er habe gründlich überlegt, ob er mit uns reden solle, sagt der erfahrene Ermittler, dem dabei nicht ganz wohl ist. „Ich habe mich noch nie an die Presse gewandt, aber jemand muss Ihnen doch sagen, dass es hinter den Kulissen ganz anders aussieht, als es dargestellt wird.“ Es gehe ihm nicht um seine persönliche Situation. Der Mann sorgt sich um die Zukunft der Polizei, um die Sicherheit der Bürger. Das ist ihm wichtig.

70 bis 80 Prozent der Beamten, sagt Polizeipräsident Schwarz, stehe der Reform positiv gegenüber. Die Beamten, mit denen wir in diesen Tagen sprechen, winken ab. Tatsächlich sehe es viel eher so aus, wie es seit Sonntag in unserem Kommentar auf zak.de zu lesen ist. Polizisten aus ganz Baden-Württemberg, darunter mehrere erfahrene Ermittler aus dem Kreis, warnen uns: „Was Ihnen offiziell mitgeteilt wird, sind Märchen.“ Einige sprechen von Lügengeschichten, nennen Zahlen.

Auch dass die Außenstelle der Kriminalpolizei in Albstadt dicht gemacht worden ist, macht den Beamten Sorgen. „Die Kollegen dort hatten gerade vor Ort wichtige Aufgaben“, heißt es. Es geht um schwere Jungs, ernstzunehmende Kriminelle.

Insbesondere Fälle von schwerer Kriminalität – Brandstiftungen, Raubüberfälle, Drogendealerei – könnten häufig nur gelöst werden, wenn Ermittler ihr Einsatzgebiet wie ihre Westentasche kennen, hören wir. Der neue Kriminaldauerdienst in Rottweil? Er ist nach Recherchen unserer Zeitung zeitweise personell so dünn besetzt, dass die Ermittler mitunter kaum auf ihn zählen werden können. Noch dazu müssen die Beamten ein beachtliches Einsatzgebiet abdecken.

Überhaupt müssen sich wohl vor allem die Beamten der Schutzpolizei damit abfinden, dass sie sich häufig die Füße in den Bauch stehen werden. Ein Beamter teilt die Befürchtung, die wir bereits in unserem Kommentar am Sonntag formuliert hatten. „Nehmen wir einen Einsatz in Burladingen. Wenn da sonst noch was los ist, geht das ewig, bis der Sachbearbeiter aus Rottweil eintrifft“, sagt er.

Bei unseren Recherchen erfahren wir: Kripo-Ermittlern im Kreis ist – auch in Hinblick auf das verhältnismäßig hohe Durchschnittsalter der Beamten – bereits vor längerer Zeit vollmundig hochqualifiziertes Personal versprochen worden. „Tatsächlich wird der Laden jetzt einfach zusammengeschrumpft“, sagen sie heute.

Ein bisheriger Angehöriger der Bereitschaftspolizei schreibt uns in Hinblick auf die aufgelösten Beweis- und Festnahmeinheiten in Böblingen und Lahr: „Es ist nicht damit zu rechnen, dass einfach mal so auf die Schnelle eine Dienststelle mit spezialisierten Kräften unterstützt werden kann. Zuständigkeitsgerangel und logistische

Probleme werden die Kriminalitätsbekämpfung auf dem Land lähmen, eventuell lahm legen. Auf Nennung meines Namens verzichte ich aus den bekannten Gründen.“

Und ein Kripo-Ermittler aus dem Großraum Stuttgart schimpft: „Statt vier Kilometer fahre ich nun jeden Tag 45 Kilometer zur Arbeit, aber gewonnen haben wir nichts.“

Nicht nur Polizisten melden sich derzeit nach unserem kritischen Kommentar zu Wort. Ein Politiker, gut vernetzt in der Region und für gewöhnlich gut informiert, schreibt an den Autor: „Mit der Recherche zur Polizeireform haben Sie den richtigen Riecher. Die Polizisten sind so geimpft, dass sie nichts sagen dürfen.“

9. Januar 2014 – Haller Tagblatt
von Thumilan Selvakumaran



Schw. Hall - KOMMENTAR zur Polizeireform: Nur ein goldenes Klingelschild

Nun liegen die Fakten auf dem Tisch. Hall ist großer Verlierer der Strukturreform. Kein Präsidium, keine Kriminalpolizeidirektion, keine Verkehrspolizeidirektion - nur ein Revier...Schlimm genug, doch nicht alles: Die SPD machte Hoffnung auf die Verkehrspolizeidirektion, die später in Hall angesiedelt werden könnte - nur, um die Haller während der Reform ruhig zu stellen, wie sich nun herausstellt. Denn nicht die Abteilung als ganzes sollte umziehen, nur eine handvoll Führungskräfte. Damit könnte am neuen Haller Revier ein goldenes Klingelschildchen angebracht werden: "Verkehrspolizeidirektion Schwäbisch Hall" - obwohl die Arbeit von Kirchberg aus verrichtet wird. Bitte ersparen Sie uns das!

03 Scheitert der Innenminister an Brandenburgs Polizeireform?

Quelle: Pressestimmen

Potsdam – Seit zwei Jahren läuft die Polizeireform in Brandenburg – und sorgt offenbar für viel Frust, hohen Krankenstand bei Beamten, für weniger Polizisten auf den Straßen und mehr Kriminalität.

BILD.de-Reporter haben sich zwei Monate lang umgehört und gefragt, warum es so schlecht läuft. Sie sprachen mit Revierpolizisten, Stabsmitarbeitern und Kripo-Fahndern - inoffiziell. Das Ergebnis ist niederschmetternd.



FÜNF GRÜNDE, WARUM DIE POLIZEI-REFORM GESCHEITERT IST!

1. Zuständigkeits-Wirrwarr:

Eines der Reformziele war die Schaffung von einem Polizeipräsidium, vier Direktionen, 16 Inspektionen und 50 Revieren. Die Direktionen sollen sich um Personal, Logistik und administrative Aufgaben kümmern. Doch das Gegenteil ist eingetreten! Die Direktionen delegieren fast alle Aufgaben an die Polizeiinspektionen. Doch dort ist für die Erledigung (z.B. Erarbeiten von Einsatzbefehlen, Konzeptionen) gar kein Personal im Führungsdienst vorgesehen", sagt ein Polizeioberkommissar. So entstanden

„Schatten-Stäbe“, die nun die Arbeit erledigen. Und zwar von Polizisten, die auch auf den Straßen fehlen. **Fazit: Mit der Schaffung der Direktionen wurde nur eine zusätzliche Hierarchie-Ebene errichtet, die ihrer eigentlichen Verantwortung kaum nachkommt.**

2. Zu wenig Zivilfahnder:

Bei den so genannten „operativen Kräften“ der Kriminalpolizei (z.B. Zivilfahnder, Mitarbeiter der „Mobilen Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA)“) wurden die Stellen unverhältnismäßig gekürzt und in den Direktionen zentralisiert. „Die Zahl der zivilen Fahnder ist nahezu halbiert worden“, sagt Riccardo Nemitz, Landes-Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Grund sei die einseitige Fokussierung auf die „uniformierte Präsenz“. **Fazit: Operative Kriminalitätsbekämpfung findet in der Fläche kaum noch statt. Und wenn, dann nur an den Brennpunkten.**

3. Dienstplan-Chaos:

Eigentlich sollen die meisten Beamten im Dienst sein, wenn die es besonders viel zu tun gibt. Zum Beispiel an Wochenenden, ein Dienst nach so genannten „Schwerpunktzeiten“. „Doch der Einteilung wird immer öfter eine gewisse Beliebigkeit anheim gestellt, weil es Führungskräften an Erfahrung, Können und Fachwissen fehlt“, klagt ein Kriminalrat. Sein **Fazit: „Leider werden bei der Brandenburger Polizei nach wie vor 'Parteisoldaten' in gehobene Funktionen gebracht, ohne dass dies durch Leistungen gerechtfertigt ist.“**

4. Schluderei und Krankenstand:

Dienstgruppenleiter (DGL), die in den Polizeiinspektionen arbeiten, sollen auch die Mitarbeiter des Streifendienstes in den (oft weit) entfernten Revieren führen. Den Revier-Leitern unterstehen nämlich nur die Revierpolizisten. „Doch der Kontakt zum DGL kommt kaum zustande“, kritisiert ein Polizeikommissar. **Fazit: Wer in der Fläche Dienst schiebt, sieht und hört seine Chefs selten. Die Folge: Mangelnde Motivation, wenig Kontrolle der Arbeitsleistung, exorbitante Krankenstände (700 Beamte fehlen täglich!) – bis hin zu einer weiten Auslegung der Anzugsordnung.**

5. Steigende Kriminalität:

In einem Interview mit der dpa musste Innenminister Ralf Holzschuher jetzt einräumen, wo der Schuh drückt: Es gebe eine „gestiegene Anzahl von Wohnungseinbrüchen“. Auch Autodiebstähle und Grenzkriminalität „machen uns weiterhin zu schaffen“, so Holzschuher. **Fazit: Die Gefahr steigt.**

Scheitert der Minister an der Reform? Holzschuher im Behördenheft „info110“: „Ich habe dieses Amt nicht mit dem Ziel übernommen, nach einem knappen Jahr aufzuhören. Ich plane über die Landtagswahlen hinaus.“ Kürzlich musste er aber sogar zugeben, dass es vor allem beim Streifendienst knirscht. 200 Stellen muss das Polizeipräsidium jetzt aus der Behörde noch für den Dienst auf den Straßen herausquetschen. Nach BILD.de-Informationen gehören dazu vor allem Mitarbeiter aus den Stäben der Direktionen, Beamte der Führungsdienste in den Inspektionen sowie Kri-
po-Leute – die letzte Reserve.

04 Speck fordert Übertragung der Verbesserungen im Rentenrecht auf Versorgungsempfänger

Quelle: dbb

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD kann hinsichtlich der Rentenangleichung Ost an West nicht zufriedenstellen. „Diese darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“, mahnt der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck. In einem Beitrag für das dbb Seniorenmagazin „Aktiv im Ruhestand“ (Ausgabe Januar 2014) stellt Speck zugleich fest, dass die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger kein Thema im Koalitionsvertrag sind. Dies müsse „zumindest nachdenklich stimmen“.

„Die heutigen Versorgungsempfängerinnen/ -empfänger haben ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner nicht nur eine angemessene Alterssicherung verdient, sondern auch und insbesondere die Wertschätzung und den Respekt der Gesellschaft und nicht zuletzt der Dienstherrn. Daher fordern wir die systemgerechte Übertragung der Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung in das Beamtenversorgungsrecht“, so der Vorsitzende.



In vielen anderen Punkten - etwa beim abschlagsfreien Rentenzugang für Versicherte mit 45 Beitragsjahren und der Anerkennung von Kindererziehungs- oder Pflegezeiten müsse die konkrete Ausgestaltung abgewartet werden, schreibt Speck weiter in seinem „Standpunkt“. Sein Fazit zum Koalitionsvertrag: „Diese sehr begrenzte oder gar Nicht-Erwähnung der älteren Menschen macht deutlich, dass sich die Koalitionäre mit den besonderen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren in nicht ausreichender Weise auseinander-gesetzt haben.“ Es bleibe zu hoffen, dass sich diese Haltung in der Regierungspolitik so nicht fortsetzt.

05 Kritik an Entwurf zur Änderung der Wahlordnung für Personalräte

Quelle: DPOIG

Heftige Kritik übte der Erste Stellv. DPOIG-Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, zu einer vom Innenministerium vorgelegten Änderung der Wahlordnung noch kurz vor Weihnachten. Kusterer kritisiert nicht nur die offensichtlich traditionellen „Kurzanörungen mit unmittelbarer Nähe zu Urlaubs- und Ferienzeiten“ sondern auch Änderungen die aus dem Gesetz nicht hervorgehen.



Eigentlich könnte man es schon als traditionelle Beteiligungsform bezeichnen, wenn in Baden-Württemberg die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu Gesetzgebungsverfahren angehört werden. Immer unter Zeitdruck und nicht selten vor Haupturlaubs-/Ferienzeiten flattern die Anhörungen auf den Tisch. Unterstützung erhält Kusterer vom Chef des Beamtenbundes Stich, der gegenüber dem Ministerium feststellt: „Auch wenn dem BBW aufgrund der bevorstehenden Personalratswahlen selbstverständlich ebenfalls an einer frühzeitigen Schaffung einwandfreier rechtlicher Grundlagen für die Wahl gelegen ist, rügen wir vor dem Hintergrund des § 89 Abs. 2 LBG i. V. m. der Beteiligungsvereinbarung die in der Tat äußerst knapp bemessene Beteiligungsfrist, die zudem noch über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel lief.“

LPVG-Experte Kusterer hat zahlreiche Kritikpunkte aufgegriffen und damit insbesondere auf Probleme in der Praxis hingewiesen. Für Kusterer verfehlt die vorgelegte Wahlordnung ihr Ziel, den Wahlvorständen als Handwerkszeug zu Seite zu stehen, um rechtssicher und ordnungsgemäß die Wahlen der Personalvertretungen zu garantieren. In einigen Bereichen wird das Gegenteil bewirkt, die Wahlvorstände mit den Problemen alleine gelassen. (Auszug)

ABGELEHNT**Einführung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung**

Der Gesetzgeber will zukünftig von dem weit bekannten und in der Regel leicht verständlichen Berechnungsverfahren nach d'Hondt abweichen. Berechnungsbeispiele und insbesondere den Nachweis, dass ein anderes Verfahren besser ist blieb man schuldig.

BEANTRAGT**Rechte und Pflichten der Mitglieder im Wahlvorstand**

Verweise auf Bestimmungen/Regelungen fehlen. Z.B.: Schulungsanspruch, Freistellung zur Aufgabenwahrnehmung, Benachteiligungsverbot, Schutz des Arbeitsplatzes.

BEWILLIGT**Informations- u. Kommunikationstechnik**

Es wird begrüßt, dass die Nutzung der üblicherweise in der Dienststelle genutzte Informations- u. Kommunikationstechnik in der Wahlordnung aufgenommen wurde.

BEANTRAGT**Ersatzmitglieder im Wahlvorstand**

Gefordert wird eine verpflichtende Stellvertretung durch Ersatzmitglieder im Falle der Verhinderung ordentlicher Mitglieder und mit Anwesenheitsrecht.

BEWILLIGT**Bekanntmachungen des Wahlvorstands**

Es wird die Möglichkeiten der elektronischen Bekanntmachung geschaffen. Eine schriftliche Bekanntmachung am Sitz der Hauptdienststelle reicht aus.

ABGELEHNT

Einen Verzicht auf die Bekanntmachung am Sitz der Hauptdienststelle und dafür eine Bekanntmachung an der Dienststelle des Wahlvorstandsvorsitzenden lehnen wir ab. In der Polizei könnte dies ein Polizeiposten mit weniger als 10 Beschäftigten und einer Entfernung von 60 Kilometern zur Hauptdienststelle sein.

ABGELEHNT**Festlegung des 1. Tages bei mehrtägigen Wahlen als Wahltag**

Mit Blick auf die danach zu berechnenden Fristen und die damit verbundene Nachteile für gewählte Personalräte und der überwiegend dem Schichtbetrieb zuzuordnende Dienststellen halten wir es als sachgerecht, den letzten Tag der Wahlhandlung als Wahltag zu bezeichnen, zumal erst nach der letzten Wahlhandlung auch die Auszählung und alle damit verbundenen Aufgaben wahrgenommen werden können.

BEANTRAGT**Sollbestimmung bei der Unterzeichnung des Wahlausschreibens**

Keine Sollbestimmung bei Formen und Fristen. DPoIG fordert klare Regelungen. Das Wahlausschreiben muss von allen Mitglieder des unterzeichnet werden..

BEANTRAGT**ABGELEHNT****Einschränkung der Wahlvorschläge**

Überraschend und ohne Diskussion im Gesetzgebungsverfahren soll die Anzahl der Kandidaten/innen begrenzt werden. Wir sehen die Funktionsfähigkeit der Personalvertretungen gefährdet, vorzeitige Neuwahlen als wahrscheinlich, und zutiefst undemokratisch, wenn in der Polizei bei der hohen Anzahl an (dislozierten) Dienststellenbereichen und großer Landesfläche die Beschäftigten in ihrem berechtigten demokratisches Interesse gehindert werden genügend Bewerber ihres Dienststellenbereiches auf dem Wahlvorschlag zu etablieren.

ABGELEHNT**Begründung der Wahlvorschläge**

Neu eingeführt werden soll eine Begründung, wenn die Wahlvorschläge nicht so viele weibliche und männliche Bewerber enthalten, wie Sitze im Proporz besetzt werden sollen.

06 Mindestgröße für Pilotinnen ist diskriminierend

Quelle: BAG

Die festgelegte Mindestgröße von 1,65 Meter für Pilotinnen ist diskriminierend, befand das Arbeitsgericht Köln. Gewonnen hat die - um 3,5 Zentimeter zu kleine - Klägerin dennoch nicht. Denn die beklagte Fluggesellschaft hat nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt.

Geklagt hatte eine junge Frau, die sich vergeblich zur Ausbildung als Pilotin beworben hatte. Die beklagte Fluggesellschaft hatte den Abschluss eines Ausbildungsvertrages abgelehnt, weil die 161,5 cm große Klägerin die tariflich vorgesehene Mindestgröße um 3,5 cm unterschritt. Mit ihrer Klage wollte die Bewerberin erreichen, dass das Luftfahrtunternehmen zur Zahlung von Schadensersatz und zur Zahlung einer Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) verurteilt wird.

Das Gericht bejahte die mittelbare Diskriminierung der Bewerberin. Die Richter gaben zu bedenken, dass der festgelegte «Korridor» von 1,65 bis 1,98 Meter weitaus mehr Frauen als Männer von der Ausbildung ausschließt: mehr als 40 Prozent der Frauen über 20 Jahre, aber nur vier Prozent der Männer über 20 Jahre.

Die Schadensersatzklage hat das Gericht dennoch abgewiesen, weil ein in Geld messbarer Schaden nicht feststellbar war. Die Klägerin wäre bei diskriminierungsfreier Aufnahme in das Ausbildungsverhältnis vielmehr verpflichtet gewesen, selbst einen Beitrag zu den Schulungskosten zu leisten. Der Entschädigungsanspruch scheiterte daran, dass das beklagte Luftverkehrsunternehmen nach Auffassung des Gerichts nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat. Ein solcher gesteigerter Verschuldensmaßstab ist jedoch nach § 15 Abs. 3 AGG erforderlich, wenn sich die Diskriminierung – wie vorliegend – aus der Anwendung eines Verbandstarifvertrages ergibt.

8 DPOIG-Kurzmeldungen[...DPOIG-Kurzmeldungen...DPOIG-Kurzmeldungen...DPOIG-Kurzmeldungen...DPOIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPOIG

Lautensack: "Einige Fußfesselträger sind tickende Zeitbomben" (dpa)

Der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack, hat vor freigelassenen Ex-Sicherungsverwahrten gewarnt. "Sicherungsverwahrte, bei denen vor der Entlassung gutachtlich ein Sicherheitsrisiko festgestellt wurde, sind tickende Zeitbomben für die Gesellschaft", sagte er am Donnerstag der Nachrichtenagentur dpa. "Fußfesseln können Straftaten häufig nicht verhindern. Sie zeigen nur an, wo sich die Personen befinden, nicht was sie tun."

In der Nacht zum Montag hatte eine entlassene Ex-Sicherungsverwahrte ihre Fußfessel zerstört und einen Supermarkt bei Baienfurt (Kreis Ravensburg) in Brand gesetzt. Vor ihrer Entlassung stuften Gutachter sie als nicht gemeinschaftsfähig ein. Justizminister Stichelberger (SPD) erklärte: "Ich weiß, dass eine Entscheidung für eine Entlassung aus der Sicherungsverwahrung für Außenstehende mitunter nur schwer verständlich sein kann. Aber wir haben diese gerichtlichen Entscheidungen zu respektieren."

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG Bayern

Polizei-Bodycams nicht als "Stummfilm"!

DPoIG Bayern fordert auch Tonaufzeichnung

München - Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bayern steht dem Einsatz von Bodycams bei der Bayerischen Polizei aufgeschlossen gegenüber. Landesvorsitzender Hermann Benker sieht in diesen Mini-Kameras ein geeignetes Mittel zur Verhinderung von Gewalt gegen die Polizei und zugleich zur Dokumentation des Geschehens. Nach seiner Ansicht können durch entsprechende Aufnahmen die Polizeibeamtinnen und -beamte bei unberechtigten Vorwürfen entlastet werden. Die Videoaufzeichnungen müssen allerdings auch mit Ton erfolgen.

Ihre Forderung nach einer Tonaufzeichnung begründet die DPoIG damit, dass körperlichen Angriffen gegen die Polizei zumeist verbale Attacken vorausgehen. „Ohne den Ton wird die gesamte Einsatzsituation nur unvollständig dokumentiert“, befürchtet Benker. „Ein solcher Stummfilm ist nicht aussagekräftig!“ Die DPoIG erwartet, dass die Pläne für den Probebetrieb in München schnell auf den Tisch gelegt und die dafür notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Presseauswertung

Verband: Homosexualität ist tabu bei Polizei

Stuttgart (dpa) - Viele schwule und lesbische Polizeibeamte in Deutschland schrecken davor zurück, sich zu outen. «Homosexualität ist auch bei der Polizei nach wie vor leider ein Tabu-Thema.

Viele Kollegen haben Angst davor, sich dazu zu bekennen», sagte der Bundesvorsitzende des Verbands für lesbische und schwule Polizeibedienstete, Thomas Ulmer (51), der Nachrichtenagentur dpa. Die Beamten befürchteten, dass ein Coming-Out wie das des früheren Fußball-Nationalspieler Thomas Hitzlsperger einen Karriereknick nach sich ziehen könnten, sagte Ulmer. Seiner Ansicht nach werden Homosexuelle in der Berufslaufbahn tatsächlich benachteiligt. Sie hätten Schwierigkeiten an hohe Posten zu kommen. Der Verband schätzt, dass von den 260 000 Polizeibediensteten von Bund und Ländern etwa bis zu zehn Prozent homosexuell sind....

Ende DPoIG-ID Nr. 1/2014